

## **Mitteilungsblatt 03.03.2017**

### **Liberales Bürgergespräch hatte viele Themen**

Zum wiederholten Male lud die FDP Hirschberg den Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen eines Liberalen Bürgergesprächs an, sich über lokale bis globale politische Themen auszutauschen.

Impulse gebend referierte Gemeinderat Hartmut Kowalinski über den jüngst einstimmig vom Gemeinderat verabschiedeten Hirschberger Haushalt 2017. Angesichts von nun 5,5 Millionen Euro Schulden werde das Eis, nachdem das Tafelsilber (v.a. gemeindeeigene Grundstücke) immer stärker zur Neige gehe, immer dünner. Die Rechtsaufsicht mahne Jahr für Jahr die Risiken bei der mittelfristigen Finanzplanung an. Zwar sei man von einer Zwangsverwaltung und Zuständen wie in Nordrhein-Westfalen, wo öffentliche Gebäude wie Schulen unrenoviert blieben, noch weit weg, doch wäre eine nachhaltige Einnahmenverbesserung besser als plumpe Steuererhöhungen und ein Wunschkonzert bei den Ausgaben. So habe sich die FDP stark gemacht für das Einsparen kleinerer Beträge, vor allem bei häufig auftretenden Konzepten für die Schublade wie der Planung für die Ortsranderschließungsstraße Großsachen, das 250.000 Euro kostete, oder etwa zahlreiche Einzelhandelskonzepte. Deshalb plädierte Kowalinski für eine Arrondierung der vorhandenen Baugebiete in Hirschberg, bei der verschiedene Wohnungstypen für Familien, Singeles und Senioren berücksichtigt werden sollten, sowie eine Erweiterung des Gewerbeparks an der A5. Man habe sich mit diesen Ideen zwar nicht durchsetzen können, doch trage man den formal korrekten Haushalt mit.

Ein weiteres diskutiertes Thema war u.a. das von der grün-schwarzen Landesregierung ab 01. Januar 2018 für Stuttgart geplante Einfahrtverbot für Dieselaautos, die die Euro-6-Norm nicht erfüllen. Ortsverbandsvorsitzender Andreas Maier sah darin gerade für Handwerker und Kleingewerbetreibende sowie Menschen, die sich kein neues Auto leisten könnten eine Art von Enteignung. Überdies sei nicht allein der Individualverkehr für den Feinstaub verantwortlich, den man mit Verkehrslenkungsmaßnahmen bereits nicht unerheblich bekämpfen könne.

Hinsichtlich der aktuell in Umfragen steigenden SPD hielt Andreas Maier fest, dass man auch in der FDP durch zahlreiche Neumitglieder den „Schulz-Effekt“ spüre. Wer vor dem Hintergrund eines Überschusses von 23,7 Mill. Euro von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherung im Jahr 2016 Deutschland arm rede, der verdrehe die Fakten. Zwar würden die Kommunen oftmals finanziell im Regen stehen gelassen, doch so schlecht, wie Martin Schulz die Lage in Deutschland darstelle, sei sie nicht, meinte auch Kowalinski.